

Liviana Editrice, Padua 1976, 512 S., brosch. (Collana di Studi sull'Europa Orientale 15).

Leoncinis Buch ist die erste umfassende italienische Darstellung der Sudetenfrage in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Schon 1971 behandelte er „Das Problem der deutschen Minderheit Böhmens in der internationalen Politik der Jahre 1918—1919“ in *Il Mondo Slavo* Bd. 3, hier besprochen in Bd. 19, S. 436. Dieser Aufsatz erscheint in der Gesamtdarstellung mit revidierten und erweiterten Anmerkungen als Teil II. Ihm voraus geht eine „historische Einordnung“, ein Überblick über die Geschichte Böhmens von den Anfängen bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs, der knapp 90 Seiten umfaßt und der zum einen — angesichts der absoluten Neuheit des Themas in Italien — dem Leser die Grundzüge der böhmischen Geschichte und des deutsch-tschechischen Verhältnisses insbesondere seit dem späten 18. Jahrhundert vermittelt, zum anderen damit begründet wird, daß gerade in den nationalen Auseinandersetzungen die historisch-rechtliche Argumentation eine große Rolle spielte, wobei der Rückgriff auf die Vergangenheit und ihre Erforschung zur Rechtfertigung von aktuellen politischen Zielen diene (S. 13). Auf die Darstellung der innen- und außenpolitischen Ereignisse um die Gründung der Tschechoslowakei und die Pariser Konferenz folgt (III.) die Entwicklung des Sudetenproblems und des internationalen Umfelds in den 20er Jahren und (IV.) die Sudetenfrage unter den veränderten internationalen Bedingungen der 30er Jahre, die Henleinbewegung, das Interesse des nationalsozialistischen Deutschlands an der ČSR und der Sudetenfrage und die Politik der Großmächte — bis

zum Vorabend des Münchner Abkommens, das, so Leoncini, die bereits klar erkennbaren Tendenzen (vor allem gegen Ende des Jahres 1937) bestätigt, gleichzeitig aber schon zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört, und das im übrigen in die umfangreiche (130 S.), thematisch gegliederte Bibliographie aufgenommen wurde und dort allein über 200 Titel umfaßt. Ein Personenregister beschließt den stattlichen Band, der durchaus Handbuchcharakter hat. Eine doppel-seitige Karte zeigt sehr differenziert die geographische Verteilung der deutschen Bevölkerung und ihre relative Dichte in der Ersten Republik.

Leoncinis Anliegen ist nicht nur ein Überblick über das Sudetenproblem als nationale Frage von 1918 bis 1938, sondern darüber hinaus dessen Einbettung und Herleitung aus der jeweiligen internationalen Situation: die Sudetenfrage sozusagen in Funktion der internationalen Politik der Zwischenkriegszeit und zugleich auch als Indikator der internationalen Orientierung und Atmosphäre jener Jahre.

In der historischen Einleitung werden vom Verf. vor allem die verschiedenen nationalpolitischen Vorstellungen, Pläne und Bestrebungen seit 1848 sehr gut herausgearbeitet: Neuordnungspläne nach dem Sprach-/Nationalitätsprinzip, Festhalten am böhmischen Staatsrecht, Bohemismus, Austroslawismus, großdeutsche Ziele, Jungtschechen usw. Die Tendenz zur Loslösung der deutschsprachigen Gebiete von Böhmen erscheint bereits 1848 — nach Palackýs Absage an das Frankfurter Vorparlament —, seit dem Reichstag von Kremser auch der Plan eines Umbaus bzw. einer mehr oder weniger starken Föderalisierung der Donaumonarchie nach sprachlich-ethnischen Prinzipien.

Die eigentliche Darstellung beginnt mit Teil II, den Jahren 1918/19. Leoncini geht von den 14 Punkten und den politischen Absichten Wilsons aus und fragt, welchen Stellenwert darin die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Völker hatten. Wo diese Prinzipien nicht konsequent verfolgt wurden, ging dies zugunsten der Forderungen der kleinen, neuentstehenden Nationen, die bei Wilson in Theorie und Praxis einen bevorzugten Platz einnahmen. Die Sudetendeutschen aber, „die im großen ganzen gesehen sicherlich nicht als unterdrücktes Volk erscheinen konnten, sondern vielmehr die hartnäckigsten Verfechter einer deutschen Vorherrschaft über Ostmitteleuropa dargestellt hatten — einer Perspektive, die der Ausgang des Krieges verbaut hatte —, sie hätten in Wirklichkeit von Präsident Wilson nicht jene besondere Aufmerksamkeit erwarten dürfen, auf die sie all ihre Hoffnungen setzten, indem sie die Tragweite seiner politischen Ideologie auf die Behauptung des Rechts der Selbstbestimmung beschränkten“ (S. 120). Andererseits habe die tschechische Nationalbewegung immer die Einheit der historischen Länder betont, und „die Tatsache selbst, daß man die Gründung der Tschechoslowakei als Barriere gegen die deutsche Expansion nach dem Mittleren Osten, im Gegensatz zu den verschiedenen Mitteleuropa-Konzeptionen, rechtfertigte, wie es Masaryk unternahm, bzw. als Stabilitätsfaktor in dem von der bolschewistischen Gefahr bedrohten Ostmitteleuropa, eine These, die Beneš vorzog, diese Tatsache erforderte implizit, daß die Tschechoslowakei ökonomisch selbständig und auf einer beachtlichen territorialen Grundlage entstand“ (S. 126).

Selbstbestimmung war demnach für Wilson und die Pariser Konferenz kein

absolutes Prinzip: denn es ging ja auch darum, „ein gewisses Kräftegleichgewicht herzustellen und den neuen Staaten . . . eine autonome Funktion zu geben“ (S. 132). Was die Sudetendeutschen betrifft, so hätten sie sich — wie der deutsche Generalkonsul Friedrich von Gebattel am 25. Oktober 1918 nach Berlin schreibt — zu diesem Zeitpunkt mit den Tschechen an den Verhandlungstisch setzen müssen, da „dies der für sie günstigste Augenblick [ist], weitgehende Zugeständnisse in jeder Richtung zu erhalten“ (S. 134). Ein Großdeutschland aber war zu dieser Zeit, nach der Niederlage von 1918, illusorisch. Diejenigen, die die politischen Zeichen nicht erkannten, die sich dem neuen Staat verweigerten und alle Hoffnung auf die Pariser Friedenskonferenz bzw. Wilson setzten, bewiesen damit, daß ihnen die nötige historisch-politische Einsicht in die europäische Nachkriegssituation fehlte.

Während bei der Darstellung der Vorgänge um 1918/19 das französische und britische Interesse an der Tschechoslowakei allzu sehr im Hintergrund bleibt, wird ihm im folgenden Teil III (20er Jahre) wesentlich mehr Raum gegeben, umsomehr als die USA durch ihre Rückkehr zur isolationistischen Politik von der europäischen Bildfläche verschwinden. Die Sudetenfrage wird auch hier — politisch wie wirtschaftlich — in die europäische Gesamtsituation der Nachkriegszeit einbezogen: die französische Intransigenz gegenüber Deutschland (Reparationen), das Aufkommen konservativer und nationalistischer Regime in Ostmitteleuropa, die die ethnischen Minoritäten bedrohten, revolutionäre Bewegungen bolschewistischer Prägung, die Verschlechterung der Beziehungen unter den Siegermächten — all das war kaum geeignet, die Nachkriegssituation zu stabilisieren und demokratische Entwicklungen in Deutschland und den neuen osteuropäischen Staaten zu fördern, wenn dies auch von England her versucht wurde.

Die tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen waren durch die Vorgänge bei der Entstehung der ČSR von Anfang an schwer belastet; die Ausarbeitung der Verfassung war das Werk der „revolutionären Nationalversammlung“, die nicht aus Wahlen hervorging und in der die Deutschen, Polen, Madjaren und Ruthenen nicht vertreten waren. Die Staatskonzeption war „tschechoslowakisch“. Leoncinis Urteil über die Verfassung ist bemerkenswert: „sie enthält weitgehend die Elemente einer ausgebildeten und fortschrittlichen Demokratie westlicher Prägung. Es war in Wirklichkeit die Demokratie eines Nationalstaats, die Demokratie eines tschechischen, vielleicht tschechoslowakischen Staates, nicht aber die eines multinationalen Staates, wie es die Tschecho-Slowakei der ersten Nachkriegszeit doch war; und eine so zahlreiche, wirtschaftlich entwickelte, kulturell hochstehende Gruppe wie die deutsche wurde einfach als eine Minderheit betrachtet, während ihr tatsächliches Gewicht offenbar doch größer war als selbst das der slowakischen Komponente, die immerhin mit ihren Namen zu dem des neuen Staates beitrug. In bestimmten Grenzen jedoch hatte diese Demokratie alle Voraussetzungen, um allen in ihr vorhandenen Kräften eine effektive Teilnahme am politischen Leben des Staates zu ermöglichen, und sie hätte — bei einer dynamischen Auffassung von der konstitutionellen Grundlage — die Basis für gelegentliche, sukzessive Veränderungen in verschiedenen internen und internationalen Situationen bieten können“ (S. 172).

Im weiteren untersucht L. die außenpolitischen Voraussetzungen und Leitsätze (Erhaltung des Gleichgewichts und der Allianzen, die die Pariser Verträge ermöglicht hatten, sowie des Status quo auf dem Balkan; gute Beziehungen mit Deutschland und der UdSSR) für eine gedeihliche Entwicklung der ČSR, die „zweifelloso das wirtschaftlich höchstentwickelte, sozial und politisch höchststehende Land Ostmitteleuropas“ (S. 186) war und auch in der Behandlung der Minderheiten anderer Staaten wie Polen, Rumänien, Jugoslawien und Italien voraus war, was nicht heiße, daß die Proteste der Sudetendeutschen (etwa zur Sprachenordnung) nicht berechtigt gewesen wären.

Die Mehrheit der deutschen Volksgruppe war nicht extrem nationalistisch eingestellt (Wahlen von 1919 und 1920); Österreich und Deutschland hatten kein Interesse an einer Irredenta. Mehrere sudetendeutsche Parteien wandten sich daher von der sterilen Haltung des Protests und der Verweigerung ab und einer Zusammenarbeit, dem „Aktivismus“, zu: nicht Kampf gegen den Staat, sondern Kampf um die eigenen Rechte im Staat.

Auch diese Wende von 1925 wird im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung gesehen, mit der Politik Stresemanns, dem Dawes-Plan, mit Locarno und Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, vom Verf. als Politik eines friedlichen Revisionismus gekennzeichnet. Für die ČSR entstanden daraus neue Gefahren (Deutschlands Weg zur Großmacht und Hegemonialstellung über Ostmitteleuropa — neue Mitteleuropapläne), umso mehr als das Reich keine Garantien für die östlichen Grenzen gab. L. betont nachdrücklich Benešs „Unfähigkeit, in der zweiten Hälfte der 20er Jahre Alternativen zur bisher verfolgten Politik zu finden“ (S. 218), etwa eine Politik der Donauföderation (Annäherung an Ungarn und Österreich) mit Unterstützung Großbritanniens, womit er der Einkreisungspolitik, die Mussolini seit 1928/29 praktizierte, positiv hätte begegnen können. Statt dessen verfolgte er weiterhin kollektive Sicherheitspläne und setzte auf die Kleine Entente und Frankreich, „das mehr auf seine eigene Sicherheit achtete als auf die seiner Bündnispartner“ (S. 220).

In diesem außenpolitischen Kontext sieht L. die tschechoslowakischen Wahlen von 1925, die den verständigungsbereiten deutschen Parteien Erfolge brachten und 1926 zur deutschen Regierungsbeteiligung führten: „zweifelloso unter dem Einfluß des ‚Geistes von Locarno‘ und der wesentlichen Unterstützung, die Stresemann den sog. aktivistischen Parteien gewährte“ (S. 224). Nationalistische Warnzeichen in der Weimarer Republik mußten andererseits die tschechischen Politiker veranlassen, den Annäherungsprozeß zwischen den beiden ethnischen Gruppen zu beschleunigen und die aktivistische Haltung zu fördern. Das aktivistische Experiment ist nach L. zwar nicht gescheitert, doch brachte es in der politisch-administrativen Praxis auch keine wesentliche Änderung zugunsten der Deutschen. Die tschechische Führung erkannte nicht die politischen Zeichen und war daher nicht bereit, rechtzeitig eine strukturelle Staatsveränderung durchzuführen, die der komplexen ethnischen Zusammensetzung des Staates gerechter geworden wäre. So schitterte die ČSR weitgehend unvorbereitet in jene politische Phase, die 1929 von der Wirtschaftskrise eingeleitet wurde.

In Teil IV geht L. ausführlich auf die rechten, „negativistischen“ Parteien

DNSAP und DNP sowie auf den Kameradschaftsbund und auf die Henleinbewegung ein. Günstig für das Erstarken der nationalistischen Rechtskräfte haben sich nach L. vor allem zwei Faktoren ausgewirkt: die allgemeine Wirtschaftskrise und die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Reich. In der weiteren Darstellung steht Henleins Verhältnis zum Nationalsozialismus im Vordergrund sowie die Frage, ob Henlein von Anfang an die Zerstörung der Tschechoslowakei verfolgte und insofern als fünfte Kolonne der NS-Außenpolitik fungierte. L. sieht einerseits Analogien zwischen Spannischen Ideen und NS sowie Sympathien Henleins für Hitler, doch hält er es für nicht erwiesen, „daß Henlein zu dem Zeitpunkt, da er die Führung der SHF übernahm, die Zerstörung der Tschechoslowakei zum Programm hatte und daß dies auch der Plan der deutschen NS-Kreise und insbesondere Hitlers gewesen sei“ (S. 250). Steinacher, der als Leiter des VDA eine Schlüsselrolle für die Beziehungen Henleins zum Reich spielte, wird von L. der konservativen Richtung (Spann) zugeordnet und seine Distanz zum NS betont. L. kommt somit hinsichtlich der Volkstumspolitik im Reich und der politischen Einstellung Henleins 1936/37 zu Urteilen, die durch die ausführliche Untersuchung von Ronald M. Smelser (*The Sudeten Problem 1933—1938*, 1975; dt. 1979) bestätigt werden: Hitlers Ziel war in den ersten Jahren nicht die Zerstörung der ČSR mittels einer fünften Kolonne, sondern ihre Einbeziehung in die deutsche Einflußsphäre, Henlein war nicht direkt von Hitler, noch von außenpolitischen Stellen der NSDAP abhängig, die eher konservativen Mitglieder des Kameradschaftsbundes behielten im wesentlichen die Kontrolle über die SHF, bis es 1936 zu den schweren Richtungskämpfen in der (dann so umbenannten) Sudetendeutschen Partei kam. Andererseits waren die Loyalitätserklärungen Henleins, seine demokratischen Glaubensbekenntnisse wohl auch von politisch-propagandistischen Notwendigkeiten bestimmt. „Jedenfalls blieb das politische Programm Henleins bis zu den letzten Monaten des Jahres 1937 im wesentlichen die Autonomie der Sudetengebiete“ (S. 265). Freilich hätte nach L. diese Autonomie eine radikale Umformung des tschechoslowakischen Staates im autoritären und korporativen Sinne bedeutet, und die Annahme der Autonomieforderungen wäre einer Kapitulation der demokratischen ČSR gleichgekommen.

Die Situation änderte sich 1937, als der VDA von der SS abhängig wurde, und Hitler die deutschen Minderheiten im Ausland für sein expansionistisches Programm einzusetzen bereit war. Schon vorher, seit Sommer 1936, waren Henlein und die SdP enger an den deutschen NS und die Politik des Dritten Reiches angebunden worden: die tschechoslowakische Regierung international zu isolieren und zu diskreditieren (Englandreisen Henleins).

Im Schlußkapitel „Hitler, die Tschechoslowakei und die Politik der Großmächte“ geht es um die große Politik der Jahre 1937/38 — um Diplomatiegeschichte. Ein Ausgleich innerhalb der ČSR war unmöglich, die Lösung des Problems lag nicht mehr in der Hand der tschechischen Politiker: „Nach Henleins Forderungen [7. 4. 37] ging es um die Entscheidung, ob die Tschechoslowakei als autonome Einheit weiter existieren oder ob sie als fester Bestandteil der deutschen Einflußsphäre betrachtet werden sollte; ob der tschechischen Demokratie — mit all ihren Mängeln — angesichts der drohenden Gefahr geholfen werden oder ob

sie dem deutschen Imperialismus geopfert werden sollte. Es handelte sich nicht mehr darum, die Konditionen der deutschen Minderheiten zu verbessern, sondern darum, über das Los Ostmitteleuropas zu entscheiden.“ (S. 358 f.)

Heinlein hatte sich seit dem 19. November 1937 ganz der Politik des Reiches zur Verfügung gestellt, aber erst im März 1938, nach dem Anschluß Österreichs, beschloß Hitler, sich der SdP als fünfter Kolonne zu bedienen, damit in der ČSR die Voraussetzungen für ein militärisches Eingreifen von deutscher Seite geschaffen würden. „Man wollte nicht mehr eine Umorientierung der tschechischen Politik, sondern die vollkommene Zerstörung des tschechoslowakischen Staates. Das Münchener Abkommen verzögert, aber verhindert nicht die Verwirklichung dieses Plans.“ (S. 371)

L. ist um eine ausgewogene Darstellung bemüht, die beiden Seiten soweit als möglich gerecht zu werden versucht. Das brisante Thema wird vor allem dadurch entschärft, daß der Verf. die Entwicklung der Sudetenfrage in all ihren Phasen in ein internationales Kräftefeld einordnet, ohne freilich die Politik jeglichen moralischen Kriteriums zu entheben: die Erste Republik erscheint — trotz aller Unvollkommenheiten — als Versuch einer Demokratie, die an ihren eigenen Fehlern, aber vor allem durch den nationalsozialistischen Eingriff von außen, scheiterte (nicht so sehr an der Henleinbewegung, die ohne die reichsdeutsche Rückenbedeckung niemals diese historische Rolle gespielt hätte).

Einige Punkte sind noch kritisch zu beleuchten, sie betreffen vornehmlich die rechten Kräfte und Gruppen in der deutschen wie sudetendeutschen Politik. So werden m. E. das Klima und die politischen Ziele in Deutschland um 1925 (Hindenburgwahl, Stresemann, Locarno, Völkerbund) zu rechts interpretiert, d. h. zu sehr im Sinne eines deutschen Revisionismus, der vorerst noch friedlich blieb. L. führt eine Reihe von Volkstumsorganisationen als symptomatisch für die nationalen Tendenzen der 20er Jahre an, ohne zu berücksichtigen, daß mehrere von ihnen (Alldeutscher Verband, VDA) schon seit langem bestanden. Er bezieht sich dabei vorwiegend auf tschechische Darstellungen, die wohl all diese Organisationen in den irredentistischen Eintopf werfen. Ebenso wird bei den sudetendeutschen Gruppen recht großzügig verfahren, wenn etwa Finkensteinerbund, Pfadfinder und Wandervogel sowie der Deutsche Turnverband alle ins national-patriotische, völkische Lager eingeordnet bzw. sogar der DNSAP/DNP zugeordnet werden. Die Unterschiede zwischen der Spannschen Ideologie und dem NS lassen sich wohl kaum in das Raster Österreich/Preußen pressen, da ja auch der NS seine ideologischen Grundlagen weit mehr in Österreich hat und zur preußischen Staatsidee im Widerspruch steht. Es sind dies Einzelurteile, die schief bzw. allzu summarisch erscheinen, aber den Gesamteindruck einer ausgewogenen und sehr kritischen Darstellung des Sudetenproblems nicht mindern.

München

Michael Neumüller